

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/12

20. Januar 1976

Der Mann an des Kandidaten Seite...

Nichtberufung Bachers in die ZDF-Spitze nachträglich voll gerechtfertigt

Von Wilhelm Dröcher

Bundesschatzmeister der SPD und Mitglied des Fernsehrates des ZDF

Seite 1 und 1a / 54 Zeilen

CDU/CSU hat keine Zeit für Europa

Die Opposition ohne Konzept für die Zukunft der EG

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 2 bis 4 / 121 Zeilen

Die Analyse des Möglichen

Anmerkungen zum Verteidigungs-"Weißbuch 1975/76"

Seite 5 und 6 / 59 Zeilen

CSU streicht "Deutschland" aus der Bayernhymne

Auch "deutsche Erde" wurde durch "Heimaterde" ersetzt

Von Emil Werner

Sprecher des SPD-Landesvorstandes Bayern

Seite 7 und 8 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neustadt 2-10
Postfach: 180 402
Pressehaus I, Zimmer 217-221
Telefon: 02 28 37-39
Telefax: 02 28 546-46 ppbs a

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 96 11

Der Mann an des Kandidaten Seite...

Nichtberufung Bachers in die ZDF-Spitze nachträglich voll gerechtfertigt

Von Wilhelm Dröschner

Bundesgeschäftsführer der SPD und Mitglied des Fernsehrates des ZDF

Daß der CDU/CSU-Vorschlag, den österreichischen Journalisten und Publizisten Gerd Bacher zum Programmdirektor des Zweiten Deutschen Fernsehens zu berufen; am Widerstand der SPD scheiterte, die auch das Verständnis des Koalitionspartners FDP fand, hat sich auch im Nachhinein als richtig erwiesen.

Kohl Mann aus Wien muß jetzt für das, wofür er ausersuchen war, nämlich Kohl das fehlende Profil eines deutschen Bundeskanzlers zu verleihen, wenigstens aus der CDU-Partekasse bezahlt werden und nicht aus den ohnehin zu geringen Mitteln des Zweiten Deutschen Fernsehens. Mit dem harten Nein der Sozialdemokraten, den österreichischen Konservativen zum Programmdirektor zu machen (und ihn damit auch als Intendanten-Aspiranten zu akzeptieren), ist aber, wie man jetzt weiß, der Unabhängigkeit der größten europäischen Fernsehanstalt ein großer Dienst erwiesen worden. Dr. Kohl ist, wie der medienpolitische Sprecher der rheinland-pfälzischen SPD kürzlich in einer ersten Stellungnahme völlig richtig sagte, bei dem Versuch ertappt worden, seinen persönlichen Propagandisten von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt bestellen zu lassen, statt ihn, wie es jetzt geschehen muß, aus der Partekasse der Union zu honorieren.

Allein dieser gescheiterte Versuch ist Anlaß genug, um sich mit der von mir schon früher angestellten Überlegung erneut zu befassen, ob es nicht richtig und konsequent wäre, Dr. Kohl zum Rücktritt vom Amt des ZDF-Fernsehratsvorsitzenden bis zur Bundestagswahl am 3. Oktober zu veranlassen. In Rheinland-Pfalz, wo der CDU-Vorsitzende noch (ziem-

lich beiläufig) das Amt des Ministerpräsidenten ausübt, sind in den letzten Jahren Gesetze über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat beschlossen, verkündet und realisiert worden. Über die Unvereinbarkeit der Positionen eines Kanzlerkandidaten und CDU-Vorsitzenden mit dem honorierten (Ehren)Amt des ZDF-Verwaltungsratsvorsitzenden steht allerdings nirgendwo etwas geschrieben - und von ungeschriebenen Gesetzen will Kohl kaum etwas wissen.

Wer die medienpolitische Landschaft um den CDU-Vorsitzenden aber weiter beobachtet, wird auch nicht ganz darüber hinwegsehen können, daß Dr. Kohl auch den direkten Einfluß in den ARD-Bereich zementiert hat: Der Chef seiner Staatskanzlei, Willibald Hilf, ist Vorsitzender des Verwaltungsrates des Südwestfunks in Baden-Baden und strebt, falls er nicht Landesminister wird, das Amt des SWF-Intendanten an.

Zurück zu Bacher: Es ist ganz allein des CDU-Vorsitzenden Sache, wenn er zum Programmdirektor des ZDF vorschlägt, und es ist ebenso seine Sache, wenn er zu seinem publizistischen Beistand bis zur Wahl erhebt. Sache einer besorgten Öffentlichkeit muß es aber sein, wenn ganz offensichtlich ein "Unternehmensberater" (so Bacher über Bacher) aus dem (wenn auch befreundeten) Ausland in ein öffentlich-rechtliches Amt gehievt und von der Allgemeinheit bezehlt werden sollte. Denn Kohl und Bacher werden den Übergangenen christdemokratischen deutschen Journalisten, Publizisten und "Unternehmensberatern" nur schwerlich plausibel machen können, daß ein ZDF-Programmdirektor Bacher die Beratung des "CDU-Unternehmens Kohl" nicht vorgenommen hätte.

Gewisse schrille Töne in den jüngsten Äußerungen des Dr. Kohl - etwa die unangebrachten Hinweise auf angebliche NS-Methoden der SPD - lassen erahnen, was dem ZDF mit der Nichtberufung Bachers erspart geblieben ist; sie lassen aber auch ahnen, was die deutsche Öffentlichkeit von diesem "Gasterbeiter auf Zeit" bzw. einem "Unternehmer" bis zum 3. Oktober 1976 noch zu erwarten hat!

(~/20.1.1976/bgy/e/pr)

+ + +

CDU/CSU hat keine Zeit für Europa

Die Opposition ohne Konzept für die Zukunft der EG

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments und des SPD-Fraktionsvorstandes

Man muß schon fast bis zu den Zeiten des einstigen CDU/CSU-Fraktionschefs Dr. Rainer Barzel in den Archiven zurückblättern, wenn man ein paar zusammenhängende Äußerungen zur Europapolitik der Union sucht. Selbst wenn man die dunklen Großmacht-Andeutungen des Drakels von Sonthofen miteinbezieht, bleibt in diesem Bereich ein bemerkenswertes konzeptionelles Defizit der Opposition.

Diese Leere füllt umso mehr auf, als ja nicht nur der Bundestagswahlkampf klare Alternativen der Opposition zu diesem Thema erwarten läßt. Seit den Beschlüssen der Gipfelkonferenz von Rom steht fest, daß in reichlich zwei Jahren das Europäische Parlament direkt gewählt werden wird. Diese Wahlen können nur dann zu einem Erfolg für das Parlament, für das Streben nach Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften werden, wenn sich die Wähler zwischen Parteien mit eindeutigen Aussagen entscheiden können. Ebenso wichtig ist es natürlich auch, daß Möglichkeiten geschaffen werden, um diese Pläne als Mehrheitsmeinung in europäische Entscheidungen umzuformen.

Die Wähler sind mit den europäischen Konzepten der Parteien weniger vertraut, als mit den traditionell innenpolitischen Plänen. Daher besteht ein wesentlicher Teil des Wahlkampfes in der Aufklärung der Völker über die Absichten der Parteien. Diesen aufklärenden Absichten müssen Parteikonzepte dienen, wenn sie der Sache, der Politisierung und Demokratisierung der EG nützen wollen. Unter diesem Aspekt ist es sicher richtig, wenn man bereits heute feststellt: "Der Europäische Wahlkampf hat begonnen".

Aus deutscher Sicht ergibt sich nun ein überaus interessanter - und wie ich meine typischer - Unterschied im Verhalten der einzelnen Parteien. Das hängt mit der weiteren Herausforderung der Direktwahl zusammen, nämlich der Notwendigkeit zu engerem Zusammengehen von Parteien gleicher politischer Einstellung über die Ländergrenzen hinweg. Die damit verbundenen Probleme lassen sich auf zwei Wegen lösen: Entweder macht sich jeder daran, die ihm notwendig und richtig erscheinenden Ziele einer Politik in der Europäischen Gemeinschaft zu formulieren, um danach Partner in den anderen Staaten für die Verwirklichung dieses Programms zu finden; oder die Parteien bemühen sich in erster Linie um Macht, um Strukturen, die der Machterhaltung oder -gewinnung dienen und die nur ad hoc und in zweiter Linie mit Programmen und Zielen aufgefüllt werden.

Das Verhalten der CDU/CSU läßt sich der zuletzt genannten Alternative zuordnen. Dort wird viel davon gesprochen, eine Europäische Christdemokratische Partei zu gründen oder mit den britischen Konservativen

und den französischen Gaullisten einen Rechtsblock zu etablieren. Auf welche inhaltliche Gemeinsamkeit, außer dem Wunsch, alles beim alten zu belassen und Macht zu erlangen, sich diese Allianz gründen soll, bleibt unklar. Der zukünftige europäische Wähler erfährt nichts von den Absichten und Zielen dieser Parteien. Dagegen hat die SPD auf ihrem Parteitag in Mannheim - und in knapperer Form auch die FDP - die europäischen Aspekte ihrer Politik dargestellt und in einem umfangreichen Bericht die Auffassung der Partei zur Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft erläutert. Auf dieser Grundlage - die ohne Zweifel noch weiter ausgearbeitet wird - läßt sich mit den Parteien übereinstimmender politischer Überzeugung eine Diskussion um ein gemeinsames europäisches Programm führen. Nur so - und nicht auf dem umgekehrten Weg - kann man nach meiner Auffassung eine solide europäische Politik entwickeln, die vor den Wählern aus verschiedenen Mitgliedstaaten guten Gewissens vertreten werden kann. Erst auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms wird ein Wahlkampf zum Europäischen Parlament wahrhaft "europäisch". CDU und CSU haben dies nicht begriffen.

Die Stellungnahme der SPD enthält Äußerungen zu allen wesentlichen Wirkungsbereichen der EG, zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur Sozialpolitik und zur Wirtschaftspolitik (und natürlich auch sehr kritische Äußerungen zur Agrarpolitik). Daß eine erfolgreiche Politik in der EG freilich nicht ohne eine Umgestaltung der bestehenden Institutionen herbeigeführt werden kann, verdeutlicht ein gewichtiges Kapitel unter dem Titel "Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften".

Europapolitik und Innenpolitik sind für die SPD keine voneinander gelösten Gebiete. Dies wird besonders deutlich in dem allgemeinen Teil des Berichts, der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als die Ziele des demokratischen Sozialismus in Westeuropa hervorhebt. Anknüpfend an den in Mannheim ebenfalls gebilligten "Orientierungsrahmen '85" wird nachgewiesen, daß sich diese Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens heute nicht mehr allein auf der Ebene einzelner Staaten verwirklichen lassen. Der Bericht betont, daß ein integriertes demokratisches Europa bessere Voraussetzungen bietet, um den Frieden in Europa zu fördern und um Krisenanfälligkeit zu vermindern. Denn die Folgen des Machtwettkampfs der Großmächte, die Verknappung der Rohstoffe, die krisenhaften Erscheinungen der Weltwirtschaft und auch die Tätigkeit der multinationalen Konzerne sind nicht durch einzelne Staaten verursacht. Auch beschränken sie ihre Wirkungen nicht auf das Territorium eines Staates. Daher trägt die Berufung auf nationale "Souveränität" kaum zur Lösung dieser Probleme bei. Freilich müssen wir mit traditionellen Denkgewohnheiten und Verhaltensmustern bei den einzelnen aber auch bei den Organisationen zur politischen Willensbildung rechnen. Auch die überstürzten Integrationsbestrebungen in der Anfangsphase, als die roten Teppiche zum Zeichen einer neuen Zentralgewalt wichtiger schienen als die ständige aktive Zustimmung der Bürger, trugen dazu bei, daß Regierungen, Parlamente und Wähler nur zögernd zur Unterstützung des Ausbaus demokratischer Institutionen auf der Ebene der EG bereit sind. Dabei sind diese - ich wiederhole - demokratisierten Institutionen dringend erforderlich, um den ständigen Machtverlust der einzelnen Mit-

gliedstaaten gegenüber einer international organisierten Wirtschaft und gegenüber den Supermächten in Grenzen zu halten.

Der Bericht der SPD-Kommission hebt in seinem allgemeinen Teil hervor, daß ohne weitere Integrationsfortschritte und ohne eine wachsende Solidarität zwischen den sozial benachteiligten Gruppen und Mitgliedstaaten der EG nicht nur die Gefahr der Auflösung der bisher erreichten Integration und des Rückfalls in die nationale Isolierung und kleinstaatliche Autarkie, sondern daß auch die Gefahr verhängnisvoller wirtschaftlicher, politischer und sozialer Krisen wächst. Die Sozialdemokratische Partei bekennt sich daher in diesem Bericht zu dem Ziel einer Europäischen Föderation als dem geeigneten Rahmen für die Selbstbestimmung der Bevölkerung bei der Wahrnehmung ihrer sozialen und demokratischen Interessen. Ohne Schönfärberei analysiert der Bericht die Schwächen der bisherigen Integrationsbemühungen und zeigt Wege zur Verbesserung des Wirkens der Europäischen Gemeinschaft. In dem außen- und sicherheitspolitischen Teil werden folgende Ziele sozialdemokratischer Außenpolitik definiert:

- Erhaltung und Sicherung des Friedens, Ausschluß von Gewalt und Drohung als Mittel der Politik, Förderung der Zusammenarbeit zwischen Völkern und Staaten;
- die europäische Integration, das Atlantische Bündnis, die wachsende Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa und zwischen der EG und der Dritten Welt.

In Bezug auf die Wirtschaftspolitik hebt der Bericht die Notwendigkeit hervor, daß wirtschaftliches Handeln nur an den Bedürfnissen des Menschen und am Wunsch nach mehr Freiheit für die Abhängigen auszurichten ist. Bei diesen grundsätzlichen Feststellungen bleibt der Bericht aber nicht stehen, sondern er stellt sehr detailliert dar, wie dieses Ziel in einer Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen ist, welche Rolle dem Wettbewerb, der Eigentumsordnung, der Regionalpolitik und der Agrarpolitik zukommt.

Ein sozialdemokratisches Programm für Europa ist nicht denkbar, ohne eine ausführliche Stellungnahme zur Sozialpolitik. Unter den vorrangig durch die Europäische Gemeinschaft zu verwirklichenden Zielen nennt der Bericht die Mitbestimmung, Beschäftigungspolitik, soziale Sicherung, Einkommensverteilung und Vermögensbildung sowie einen wirksamen Verbraucherschutz. Zur Verwirklichung dieser Politik ist eine verbesserte Organisation nötig. Der Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen dieser Gemeinschaft muß durch direkte Wahlen und durch eine Stärkung der Rolle des Parlaments vermehrt werden. Freilich warnt der Bericht davor, das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen und über der Reform der Institutionen die politischen Ziele, insbesondere die Wirtschafts- und Währungsunion, zu vergessen.

Eine Vertiefung des Berichts und eine Diskussion mit den demokratischen Sozialistischen Parteien der Nachbarstaaten wird noch nötig sein. Der Bericht bildet eine hervorragende Grundlage für das europäische Wahlprogramm der Parteien mit sozialdemokratischer Überzeugung in der EG. Eine vergleichbar ausführliche Analyse, ein vergleichbar detailliertes Konzept für die Zukunft der EG hat bisher keine Partei vorgelegt. Das ist zu bedauern, denn auch die Europapolitik kann nur im Wege über eine inhaltliche Auseinandersetzung der verschiedenen Parteien gestaltet werden. Der Beitrag der CDU/CSU steht noch aus. (-/20.1.1976/wj/s/pr)

Die Analyse des Möglichen

Anmerkungen zum Verteidigungs-"Weißbuch 1975/76"

Die Autoren des "Weißbuches 1975/76 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" sind keine Schwarzmalen. Das unterscheidet sie wohltuend von denen, die immer dann von eskalierender Bedrohung aus dem Osten reden, wenn es opportun erscheint. Aber ein "Weißbuch" muß schließlich nicht die Notwendigkeit bestimmter Beschaffungsvorhaben verdeutlichen. Angesichts der inzwischen etablierten Einsicht der Bürger, auch derjenigen in Uniform, in die Verteidigungswürdigkeit des Staates, mußte das Werk zu einer mehr globalen Darstellung dessen geraten, was auf der Basis der politischen und ökonomischen Fakten in Ost und West an Sicherheit erreicht wurde.

Mit seiner inhaltlichen Konzentration auf ausgewählte Schwerpunkte unterscheidet sich dieses "Weißbuch" erstmalig von den bisher üblichen Nachschlagewerken zur Landesverteidigung. Die Schwerpunkte: "Sicherheit in einer veränderten Welt" und "Bundeswehr auf dem Weg in die Zukunft". Programatische Aussagen der Bundesregierung zur Sicherheit der Nation auf der Grundlage von Analysen und Meinungen. Eine Bilanz, die bekannte Fakten zu einem realistischen Gesamtbild vereint.

Schon im Vorwort kann Bundeskanzler Helmut Schmidt beruhigend versichern, daß personelle Zusammensetzung, Ausrüstung und Ausbildungsstand der Bundeswehr "besser als je zuvor" seien. Der Bürger könne sicher sein, "daß die Aufwendungen für die Verteidigung gut angelegt sind". Und neben dieser Beruhigung mit "Außenwirkung" sieht sich Bundesverteidigungsminister Georg Leber in der Lage, die Bundeswehr als eine "zuverlässige Einrichtung unseres demokratischen Lebens" herauszustellen, die das Vertrauen der Bürger besitze.

Im "Weißbuch" wird eines der Hauptziele der Bundesregierung markiert: Durch mehr Entspannung bei gleichgewichtiger Verteidigungsfähigkeit mehr Sicherheit. Dabei wird nicht verhohlen, daß der Entspannung

zur Zeit offensichtlich nach ideologische Grenzen gesetzt sind. Und solange der Warschauer Pakt für einen möglichen Konflikt mit der NATO die strategische Offensive als Grundlage eigener Operation ansieht, so lange muß das NATO-Bündnis am Prinzip der Vorverteidigung mit starken konventionellen Streitkräften festhalten. "Ohne Nuklearwaffen" aber, so wird lapidar festgestellt, "gibt es kein Gleichgewicht". Konventionell sei die NATO dem Warschauer Pakt "nicht ebenbürtig".

Ein Ausweg aus dem Dilemma wird einzig darin gesehen, daß man den Rüstungsanstrengungen des Warschauer Paktes im Westen mit effektiver Rüstungszusammenarbeit, mit "wirtschaftlicher Nutzung der Mittel" begegnet. Dabei verschweigt das "Weißbuch" nicht die Vielschichtigkeit der Probleme, die der allgemein als richtig erkannten Forderung nach Standardisierung im Bündnis bi- und erst recht multilateral im Wege steht. Dem Moskauer Dirigismus, der im Warschauer Pakt die Forderung nach Kooperation in der Rüstungszusammenarbeit irrelevant erscheinen läßt, müsse nationalstaatlich im Westen mit einem "Verzicht auf Perfektion" zugunsten einer "standardisierten Ausrüstung der verbündeten Streitkräfte" begegnet werden. Für die eigene deutsche Rüstungsplanung leitet das "Weißbuch" hieraus die Notwendigkeit eines Planungsverbundes von Struktur, Rüstung, Personal und Infrastruktur ab.

Das Motto der NATO, "Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit", wird im "Weißbuch 1975/76" in die konjunkturelle Landschaft eingepaßt. Verteidigungsausgaben seien der Preis für Friede und Freiheit, heißt es da. Die Ausgaben orientierten sich aber realistisch an der Bedrohung und last but not least an der "Leistungskraft unserer Volkswirtschaft".
(-/20.1.1976/wl/e/pr)

Karl-Heinz Hahslach
(-/20.1.1976/wl/e/pr)

+ + +

CSU streicht "Deutschland" aus der Bayernhymne

Auch "deutsche Erde" wurde durch "Heimaterde" ersetzt

Von Emil Werner

Sprecher des SPD-Landesvorstandes Bayern

Am 29. Juli 1966 erschien im bayerischen "Staatsanzeiger" eine von Ministerpräsident Alfons Goppel unterzeichnete "Bekanntmachung über die Bayernhymne". Das Lied habe, so hieß es, "den Charakter einer bayerischen Hymne" gewonnen. Wiederholt sei jedoch festgestellt worden, "daß der genaue Wortlaut dieses Liedes nicht allgemein bekannt" sei. Damit bei allen Anlässen, bei denen die Bayernhymne gespielt werde, von den Anwesenden mitgesungen werden könne, "wird der Text des Liedes der Bayern nachstehend bekannt gemacht". Tatsächlich handelte es sich damals aber nicht nur um eine "Bekanntmachung", sondern um eine amtliche Änderung des ursprünglichen Textes.

Obwohl aufgrund eines Landtagsbeschlusses vom 27. November 1952 die "Erlernung des Bayernliedes" in den bayerischen Schulen angeordnet worden war und der Bayerische Rundfunk tagtäglich sein Programm mit dieser Hymne beendet (neben dem Deutschlandlied), ist der Text weitgehend unbekannt geblieben. Deshalb wurden vor zehn Jahren die "amtlichen" Änderungen gegenüber dem Urtext, der im vorigen Jahrhundert entstanden war, auch kaum bemerkt. Wie ein Vergleich ergibt, hat die bayerische CSU-Regierung damals die Begriffe "deutsch" und die im Bayernlied besungene Einigkeit mit "Deutschlands Bruderstämmen" aus dem Text entfernt!

So heißt es z.B. im Originaltext: "Gott mit Dir, Du Land der Bayern, deutsche Erde, Vaterland!" Die CSU-Regierung machte folgende Änderung "bekannt": "Gott mit Dir, Du Land der Bayern, Heimaterde, Vaterland!" Amtlich gibt es seitdem in Bayern nur noch einen "deutschen Wald". Den konnte Goppel nicht beseitigen, weil er in der bayerischen Verfassung steht.

Die Verdammung des Begriffs "Deutschland" aus der "amtlichen" Bayernhymne wurde auf ähnliche Weise erreicht. Im Originaltext hatte es ge-

heißen: "Daß mit Deutschlands Bruderstämmen einig uns der Gegner schau." Diese Formulierung - sie war noch in den bayerischen Schulbüchern des Jahres 1931 zu finden gewesen - wirkte nach 1945 ein wenig antiquiert. Sie wurde deshalb in den Schulbüchern geändert. Im "Bayerischen Liederbuch" (erschienen im Jahre 1956 in München) hieß es: "Daß mit Deutschlands Bruderstämmen einig uns ein jeder schau." Diese deutschen Bruderstämme wurden von Goppel im Bayernlied gestrichen. Amtlich gibt es seit zehn Jahren nur noch bayerische Stämme. Der von Goppel empfohlene Text lautet nämlich: "Daß vom Alpenland zum Maine jeder Stamm sich fest vertrau."

Ausgerechnet die CSU-Regierung hat also die im Bayernlied stark betonte brüderliche Verbundenheit mit allen deutschen Stämmen und die Zugehörigkeit zu Deutschland amtlich aus dem Bayernlied getilgt und damit den ursprünglichen Text verfälscht.

Der Landtagsbeschuß vom 27. November 1952 war übrigens auf eigenartige Weise zustande gekommen. Die FDP hatte damals beantragt, daß das Deutschlandlied in sämtlichen bayerischen Schulen zu erlernen sei. Die Bayernpartei verlangte, daß dies auch für das Bayernlied gelten sollte. So wurde es im Landtag dann auch einstimmig beschlossen. Für das Abspielen der Hymnen im Rundfunk lagen dem Landtag drei Anträge vor: Die FDP wollte, daß nach Sendeschluß täglich das Deutschlandlied gespielt werde; der kulturpolitische Landtagesausschuß hatte sich darauf geeinigt, daß die Tagessendungen des Rundfunks "wechselweise mit der Melodie des Deutschlandliedes und des Bayernliedes beschlossen werden". Die Mehrheit erhielt schließlich ein Antrag, wonach bei Sendeschluß beide Lieder erklingen sollen. Und so ist es bis zum heutigen Tag geblieben.

Zur alten Weise hat dann 14 Jahre nach diesem Landtagsbeschuß die Regierung Goppel einen "neuen" Text "bekanntgemacht".

Die CSU und ihr Vorsitzender Franz Josef Strauß können sich offiziell in der Verteidigung der deutschen Interessen nicht genug tun. Die Eliminierung des Wortes "deutsch" aus amtlichen Bezeichnungen in der DDR gehört zum Hauptanklagepunkt der CSU und mit ihr der CDU gegen Ostberlin. Und jetzt wird beweisbar, daß gerade diese von Strauß geführte CSU die Begriffe "deutsch" und "Deutschland" aus dem Bayernlied amtlich entfernt hat.

Der Skandal ist offenkundig.

(-/20.1.1976/bgy/w/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller